

Ercheint alle 14 Tage.
Wiertelj. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
N.O. 55, Greifswalder
Straße 223

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gepartene Beitzelle:
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 27/28

Berlin, den 11. Juli 1930

41. Jahrg.

Fernsprechanstalt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an B. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 222, Samtl. Geldsendungen an W. Schumacher, Berlin, N.O. 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 89321 beim Postfachamt Berlin N.W. 7.

Fernsprechanstalt
Alexander 4719

10 Jahre Reichswirtschaftsrat.

Am 30. Juni 1930 bestand der Reichswirtschaftsrat 10 Jahre. An demselben Tage 1920 fand die erste Sitzung unter Leitung des Alterspräsidenten Bamberg im vormaligen preussischen Herrenhause statt. Es hatte für viele der Vertreter rechtsstehender Kreise einen unangenehmen Beigeschmack, daß dieses aus allen Ständen der Bevölkerung zusammengesetzte Wirtschaftsparlament in dem feudalen Herrenhause, welches bis Ende des Krieges nur die auserlesensten und ernannten Vertreter der herrschenden Stände beherbergte hatte, zusammentrat, aber die veränderten Verhältnisse brachten auch hier einen Umschwung. Bis zum Jahre 1923 tagte der RW.R. im Herrenhaus und die Sitzungen der Ausschüsse fanden zum größten Teil in den Räumen des vormaligen Kriegsministeriums statt. Dann stiedelte der RW.R. nach dem für ihn eigens hergerichteten Gebäude Bellevuestr. 15 über, wo er auch heute noch tagt.

Der damalige Reichskanzler Fehrenbach begrüßte den vorläufigen Reichswirtschaftsrat in der ersten Sitzung namens der Reichsregierung und brachte dabei zum Ausdruck, daß die Reichsverfassung sich das ideale Ziel gesetzt habe, die gleichberechtigte Mitwirkung aller in der Wirtschaft tätigen Kreise an der Entwicklung der produktiven Kräfte der Nation herbei zu führen. Nach seiner Zusammensetzung und seiner Aufgabe stelle der RW.R. eine Neuerschöpfung unter den Parlamenten der Welt dar. Der organisatorische Zusammenschluß innerhalb der gleichen Klasse oder der gleichen Interessentkreise, sei eine alte Erscheinung, die dem Deutschen besonders im Blute liege; Gilden und Gewerkschaften hätten sich aus diesem Gedanken heraus im Laufe der Jahrhunderte entwickelt. Von allen Seiten drängte die Entwicklung zu einer Verbindung der verschiedenen Zweige und Klassen zu einheitlichen Interessengemeinschaften. Diese Erkenntnis traf sich mit der in dem Sturm der Revolution geborenen Forderung, daß die Arbeitnehmer Einwirkung auf den Produktionsprozeß erhalten, daß sie Gelegenheit haben sollten, den Zweck ihres täglichen Tuns und den Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft zu sehen, ihre Sachkenntnis dafür fruchtbar zu machen und ihnen die Freude an ihrem Schaffen wiederzugeben. Das seien die maßgebenden Faktoren für die Zusammensetzung der neuen Körperschaft gewesen.

Auch die Aufgaben sind neu. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Verflechtungen der wirtschaftlichen Fragen untereinander haben einen Grad erreicht, daß es ein zwingendes Bedürfnis geworden ist, von der Behandlung dieser Fragen, so gut es geht, den Reichstag zu entlasten, durch eine Körperschaft, in der nicht rein zufällig, wie im Reichstag, Vertreter der einzelnen Berufe sich zusammenfinden, sondern in der die beteiligten Kreise organisch vertreten sind. Es sei nicht möglich, zu warten, bis die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Körperschaften ins Leben getreten sind; die Wirtschaftslage zwingt dazu, eine einstweilige Lösung zu finden; deshalb sei der vorläufige Reichswirtschaftsrat ins Leben gerufen. Die neue Körperschaft werde die Bedeutung erhalten, die sie sich auf Grund ihrer Tätigkeit zu geben weiß, das ist wichtiger als der tote Buchstabe in Artikeln und Paragraphen des Gesetzes. Er schloß mit den Worten: „Wenn alle Beteiligten durchglüht sind von dem Bewußtsein, daß heute weniger denn je die Wirtschaft Sache des Einzelnen ist, wenn alle Beteiligten das natürliche Eigeninteresse in das Interesse des Ganzen einzufügen suchen, dann wird — so hoffe ich zuversichtlich — der Reichswirtschaftsrat, das erste Wirtschaftsparlament der Welt, ein Grundstein werden, auf dem wir weiterbauen können, zum Wohle des Vaterlandes.“

Die ersten Präsidenten des RW.R. Eder von Braun und Legien, die halbjährlich im Amte wechselten, sind beide gestorben, heute fungieren als solche Herr v. Siemens und Theodor Leipart.

Am 30. Juni tagte zu Mittag der sozialpolitische Ausschuss, dort wies Herr v. Clemen auf die Bedeutung dieses Tages hin und gab einen Überblick über die Tätig-

keit der ersten 10 Jahre. Der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses Umbreit wies noch darauf hin, daß von den 60 Mitgliedern und Stellvertretern im sozialpolitischen Ausschuss 15 während dieser Zeit gestorben sind.

Wenn wir heute rückblickend die Tätigkeit des RW.R. betrachten, so muß zugestanden werden, daß in diesem Wirtschaftsparlament eine große Menge gewissenhafter Arbeit geleistet worden ist. Das letzte Jahrzehnt bildet für unser Vaterland einen der schicksalsschwersten Abschnitte seiner Geschichte. Nach außen und innen gesehen, hat Deutschland in dieser Zeit Aufgaben vor solchen Ausmaßen und solcher Bedeutung gegenüber gestanden, wie vor ihm wohl noch keine Nation. Die Befreiung großer Teile deutscher Gebiete durch die Siegernationen, die ewigen Verhandlungen über Verpflichtungen und Reparationszahlungen haben nicht nur die Arbeit im Innern des Reiches erschwert, sondern auch derartig seelisch beeinflusst, daß ein Maßstab fehlt, um die Bedeutung der Arbeiten im RW.R. mit irgend einem andern Vorgang zu vergleichen. Es ist deshalb ein ganz natürlicher Zustand, daß diese Arbeiten in der Öffentlichkeit vielfach falsch beurteilt wurden. Inwiefern Absicht oder Unkenntnis hierbei in Frage kommt, braucht nicht untersucht zu werden.

Durch Verordnung vom 4. Mai 1920 wurde der RW.R. ins Leben gerufen. Er umfaßt 326 Mitglieder, die sich auf 10 verschiedene Gruppen verteilen. Die Gruppen 1—6 umfassen die Land- und Forstwirtschaft, Gärtnereien, Fischereien, Industrie, Handel, Banken und Versicherungsweisen, Verkehr und öffentliche Unternehmungen sowie das Handwerk. Für diese Gruppen wurden die Vertreter von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen gewählt. Die Gruppe 7 (Verbraucher) umfaßt die kommunalen Spitzenorganisationen sowie die Organisation der Verbraucherschaft, die Gruppe 8: Beamte und freie Berufe. Die Mitglieder der Gruppe 9 sind vom Reichstag ernannt und die Mitglieder der Gruppe 10 von der Reichsregierung.

Der RW.R. ist eine beratende Körperschaft, die also nicht Gesetze macht, sondern nur ihr Gutachten vom Standpunkt der Wirtschaft erstattet. Diese Aufgabe ist im Artikel 165 Abs. 4 enthalten. Dort heißt es unter anderem:

„Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem RW.R. zur Begutachtung vorgelegt werden. Der RW.R. hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Vorlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen.“

In den ersten Jahren seines Bestehens wurde diese Arbeit in den bestehenden Ausschüssen vorbereitet und dann durch das Plenum des RW.R. verabschiedet. Die wichtigsten Ausschüsse des RW.R. sind: der Wirtschaftspolitische Ausschuss, Sozialpolitischer Ausschuss, Finanzpolitischer Ausschuss, Verfassungs-Ausschuss, der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungsweisen. Es bestehen auch noch eine Reihe anderer Ausschüsse, die aber seltener zusammenzutreten.

Die jahrelange Erfahrung hat dazu geführt, daß sich die Arbeitsweise im RW.R. nach und nach einheitlicher und zweckentsprechender gestaltete. Die Öffentlichkeit erfährt über diese Arbeit sehr wenig; das ist darauf zurückzuführen, daß die Ausschusssitzungen nicht öffentlich sind. Wiederholt ist die Frage behandelt worden, ob es nicht zweckmäßig sei, in wichtigen Fragen die Öffentlichkeit zuzulassen, aber man ist davon abgekommen, nicht, weil die Öffentlichkeit etwa zu fürchten wäre, sondern weil sich herausgestellt hat, daß in diesen geschlossenen Sitzungen erfolgreicher gearbeitet wird. Dabei muß man immer daran denken, daß es sich in den meisten Fällen um Fragen der Wirtschaft handelt, wo die Sachleute ohne Furcht vor Konkurrenz freimütig und sachlich ihre Meinung zum Ausdruck bringen können.

Von dem Umfang der Tätigkeit kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß in diesen 10 Jahren 400 Regierungsvorlagen zu begutachten waren, davon sind allerdings auch eine Anzahl niemals Gesetz geworden. Bei dem häufigen Regierungswechsel, den wir ja von Zeit zu Zeit zu verzeichnen haben, kommt es vor, daß die neue Regierung nicht mit demselben Eifer alles das fortsetzt, was von der alten übrig geblieben ist, aber alle Fragen von irgendwelcher grundsätzlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Bedeutung sind im RW.R. gründlich durchberaten und begutachtet worden und es darf gesagt werden, daß in den meisten Fällen das Gutachten, wenn nicht vollkommen, so doch zum größten Teil berücksichtigt worden ist. Es darf hier darauf hingewiesen werden, daß in den sozialpolitischen Fragen heisse Kämpfe im sozialpolitischen und seinen Unterausschüssen durchgeführt worden sind. Die Regelung der Arbeitszeit, die in diesen Jahren 4 mal genannten Ausschuss beschäftigt hat, hat zu solchen langwierigen Verhandlungen geführt, daß man wirklich von einer gründlichen Durchberatung sprechen kann. Wer die Einstellung unserer Arbeitgeber-Verbände in dieser Frage kennt, hat eine Vorstellung davon, wie schwierig es ist, auf diesem Gebiete zu einer einheitlichen Auffassung zu gelangen. Endgültig ist die Frage jetzt im Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes vom RW.R. durch ein Mehrheits- und ein Minderheitsgutachten erledigt worden. Wann der Reichstag diese wichtige Frage endgültig löst, ist heute noch nicht abzusehen.

Neben der gutachtlichen Tätigkeit hat der RW.R. auch stark initiativ gearbeitet, es sei nur auf die zahlreichen Vorschläge auf dem Gebiete der Erwerbslosen-Fürsorge, der Währungs-, Steuer- und Lohnpolitik, die Anregungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, die Vorschläge zur Wohnungszwangswirtschaft, die Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung und zur Zentralisierung der Behörden-Aufträge an die Wirtschaft verwiesen. Außerdem sind Verkehrsfragen und insbesondere Tariffragen, das Behringswesen, die Aus- und Einfuhrregelung, Ernährungs- und Brennstoff-Fragen, sowie Fragen der Bauwirtschaft initiativ behandelt worden.

Die Frage, ob ein Gutachten weniger Wert hat, wenn es nicht einmütig erstattet wird, ist strittig. Leute, die den RW.R. nicht leiden können, (und solche soll es sogar im Reichstag geben) denen die ganze Richtung nicht paßt, die am liebsten den Artikel 165 der Reichsverfassung beseitigen möchten, finden die ganze Einrichtung für überflüssig. Der objektive Beurteiler wird dagegen finden, daß es Fragen gibt, wo eine einheitliche Auffassung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei gegenseitig bestem Willen nicht möglich ist. In solchen Fällen wird die beiderseitige Auffassung nebst Begründung zum Ausdruck gebracht und die gesetzgebenden Instanzen haben die Möglichkeit, jeden Standpunkt zu prüfen und evtl. zu verwerten. In allen finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen sind fast 80 Prozent der Gutachten einstimmig gefaßt worden, alle Initiativanträge waren durchweg einstimmig.

Eine andere Tatsache darf in diesem Zusammenhange auch noch festgestellt werden, mancher unveröhnliche Geist auf beiden Seiten hat gelernt, daß man sich in vielen Fragen verständigen kann, selbst wenn die Meinungen im Anfang sehr weit auseinander gehen. Wir sind in Deutschland noch nicht soweit, daß die Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in jedem Falle möglich sei, aber die Zahl derjenigen, die nicht mehr über Zwirnäden stolpern, wird durch eine gemeinsame Arbeit immer größer. Man lernt die großen Gedanken von den kleinen Dingen unterscheiden und treibt nicht bei jeder Gelegenheit Prinzipienreiterei. Das Verantwortungsgedühl auf beiden Seiten wächst, wenn auch mancher sich in dieser oder jener Frage gebunden fühlt.

Der RW.R. ist noch immer „vorläufig“. Der Gesetzentwurf über den endgültigen RW.R. ist in der ersten Sitzung im Frühjahr 1929 vom Reichstag behandelt worden, am 4. Juli 1930 ist er in der 2. Lesung verabschiedet. Nach einer Zeitungsnotiz soll die 3. Beratung „später“ stattfinden, wann dieses „später“ eintritt, ist

vorläufig noch nicht zu übersehen. Einzelne Wirtschaftsguppen kämpfen noch um einige Sitze, insbesondere wollen auch die „Gelben“ ihre Vertretung im endgültigen RWK haben. Die Zahl der Mitglieder wird nach dem neuen Entwurf von 326 Mitgliedern auf 150 verringert. Während von der einen Seite nur 144 Mitglieder gewünscht werden, waren nach den Beschlüssen der ersten Sitzung 165 vorgesehen, jetzt scheint die Zahl 150 eine Mehrheit zu finden. Der vorläufige RWK hat 10 Jahre gearbeitet und wird vielleicht, ehe der endgültige kommt, noch ein Jahr im Amte bleiben.

M. S.

Rheinland frei!

Ein erhebendes Gefühl der Befreiung erfüllt nicht nur die Genüßer der Rheinländer, sondern die des ganzen deutschen Volkes. Das Rheinland frei! ist jetzt der Ruf, der durch ganz Deutschland geht. Wir haben keine Ursache angesichts der Befreiung rauschende Feste zu feiern, dazu sind die Zeiten zu ernst. Die eine Ueberzeugung dürfen wir zum Ausdruck bringen:

Es geht wieder vorwärts.

Anton Erkelenz stellt in der Zeitschrift „Die Hilfe“ nachstehende Betrachtungen an:

Die Befreiung des Rheinlandes war keine reine Sicherheitsmaßregel der Sieger gegen den Verlierer, damit der letztere die ihm auferlegten Friedensbedingungen einhält. Zum mindesten von der französischen Seite war sie gedacht als ein neuer Versuch, die europäischen Machtverhältnisse endgültig zugunsten Frankreichs umzugestalten. Das Deutsche Reich sollte verkleinert, wenn möglich gespalten werden. Die staatspolitische Entwicklung Deutschlands sollte rückwärts revidiert werden auf die Form von vor 1870. Rußland hatte schon 1917. (Gegenleistung: Konstantinopel) zugestimmt, einen Tag bevor der Zarismus durch den Bolschewismus zerstört wurde. Der direkte Plan scheiterte schon früh an Wilson und Lloyd George bei den Friedensvertragsverhandlungen im Erillon in Paris. Aber was direkt nicht gelang, sollte indirekt erreicht werden durch fünfzehn Jahre Besatzung und daraus erwarteter Gewinnung der Seele des rheinischen Volkes für einen oder mehrere rheinische Patronagestaaten Frankreichs. Es ist schleierhaft, wie verständige Menschen an das Gelingen eines solchen Gedankens glauben konnten. Wie konnte die französische Generalstabschefin annehmen, sieben Millionen Rheinländer entdeutschend, einationalisieren zu können, in einer Zeit, in der selbst der slavische Schahin in Serbien zu einem wütenden Nationalisten wurde? Erst als mit dem Mißerfolg des Ruhrunternehmens diese Politik scheiterte, formte sich die Rheinlandbesatzung im Kopfe der französischen Politiker zu einer Gerichtsvolkzichermäßregel um, deren Abbau man sich stets so gut als möglich bezahlen lassen wollte. Und der Versuch war recht erfolgreich.

Der Erfolg des ursprünglichen französischen Planes hätte Europa für ein halbes Jahrhundert oder länger in schwerste Kriege und Wirren geführt. Die Beseitigung dieses Planes war ein weltpolitisches Interesse allerersten Ranges, weil alle Nationen in die Zusammenstöße neuer Weltkriege verwickelt worden wären, wenn der „Faschismus“ gesiegt hätte. Soweit diese Gefahr noch jetzt besteht, ist sie mit der jetzigen Räumung endgültig überwunden. Hier liegt ein großer weltpolitischer Erfolg, errungen dank der Treue des rheinischen Volkes und dank der Opferwilligkeit Deutschlands.

Die Ausnutzung der Besatzung zum Zwecke wirtschaftlicher Erfolge, also die Politik, die eigentlich Briand betrieb, vielleicht kann man sagen: mit der Briand das französische Volk allmählich auf die Bahn der Ernüchterung geführt hat, macht sich für Frankreich wohl bezahlt. Beweis: Die Höhe der Zahlungen auf Grund des „Neuen Planes“. Heute schon würden diese Leistungen wahrscheinlich anders bemessen werden. Politisch gesehen könnte man sagen: Deutschland bezahlt die Treue des Rheinlandes, die Beseitigung der Gefahr der Auflösung des Reiches, die Anerkennung seiner gleichberechtigten Mitwirkung im europäischen Konzert, den Verlust des Weltkrieges usw. mit hohen Zahlungen. Aber auch hier: mit der Aufhebung der Besatzung schwindet das letzte große Druckmittel gegen Deutschland. Wir können beginnen, eigene Politik zu treiben. Die Gesetze des neuen Lebens können sich wieder trotz Friedensvertrages zu unseren Gunsten auswirken. Die Luft wird freier für uns von Jahr zu Jahr.

Für das Reich und für die Rheinländer ist ein Geschicksabschnitt beendet, von dem man hoffen muß und darf, daß er tiefe dauernde Wirkungen in der Seele des Volkes zurückläßt. Wer die Kämpfe um das Rheinland von 1918 bis heute harde und mitleidlos hat, darf sagen: Das allerwertvollste in dieser Zeit war die Ueberwindung des Fehlmisstraus, der Hoffnungslosigkeit in Deutschland selbst. Die Deutschen, die zeitweise so grenzenlos optimistisch sein können — man denke an das wilhelminische Zeitalter mit seiner Philosophie „Uns kann keiner“ — werden, wenn härtere Schwierigkeiten aufstehen, manchmal ebenso ohne Grenzen hoffnungslos, trostlos gelähmt durch Verzweiflung. Wie oft und von wie verschiedenen Seiten hat man nicht von 1919 ab sagen hören: „Es hilft ja doch nichts. Rhein und Rheinland sind für uns verloren.“ Bis schließlich, unter dem Druck

der Ereignisse, im letzten Drittel des Jahres 1923 selbst führende Reichsminister der Meinung waren: „Das Rheinland ist uns vorerst verloren. Es ist eine „geöffnete Schlagader“ für Deutschland. Trennen wir selbst dieses Glied von unserem Körper. Ueberlassen wir den Franzosen die Sorge für dieses Land. Wir werden es uns später wiederholen.“ Das war der Gipfel der Verzweiflung. Damals standen wir ganz nahe vor einer nationalen und weltgeschichtlichen Dummheit allergrößten Ausmaßes.

Heute sind diese scheußlichen Träume überwunden. Heute gelangt ein ganz großer nationaler und weltpolitischer Erfolg zur endgültigen Reife und Ernte. Wahrscheinlich würde in jedem anderen Lande die Freude über diesen großen Erfolg bis in die letzte Hülte klingen. Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren. Fast hatten wir uns selbst aufgegeben. Der Himmel hat uns davor bewahrt. Wenn je, dann ist heute Anlaß gegeben sich zu freuen. Laßt in dieser Zeit, in der — jetzt aus wirtschaftlicher Not — soviel gemammelt wird, einmal einen Tag lang Freude und Jubel uns beherrschen, damit neue Spannkraft wachse für die Ueberwindung neuer Sorge.

Der große Erfolg unserer Politik wurde nicht in einem gewaltigen Elan, in einer alles mitreisenden Anspannung erreicht. Er mußte in elf mühevollen Jahren allmählich erstritten und errungen werden. Das hindert viele Menschen, die Größe des Erfolges zu erkennen. Wäre dieselbe Befreiung des Rheinlandes durch einen General in einem großen Kriege in zahllosen Schlachten errungen worden, so würde heute in manchen Kreisen die feilsche Befriedigung größer sein. Eine solche Befreiung des Rheinlandes hätte wahrscheinlich neue Millionen Tote auf den Schlachtfeldern erfordert. Sie hätte hunderte, vielleicht hunderte Milliarden deutschen Volksvermögens gekostet. Kurz: sie wäre viel teurer geworden als der Befreiungsweg, den uns Wirth, Rathenau, Stresemann geführt. Warum sollen wir uns weniger freuen, weil wir mit weniger Opfern das Ziel erreicht haben? Alle großen Fortschritte der Geschichte werden durch ausdauernde Beharrlichkeit, durch zielbewußtes Fortschreiten, durch nie versagende Spannkraft und Millionen kleiner Opfer erreicht. Die Befreiung des Rheinlandes ist ein Dauererfolg, der leuchtend durch die Jahrhunderte strahlt. Die Freimachung durch einen neuen Weltkrieg wäre wahrscheinlich ein ebenso vergänglicher Erfolg gewesen wie der Sieg von 1870—71.

Preisabbau — aber nicht Lohnabbau!

Zwischen den Spitzenorganisationen der Unternehmerverbände und denen der Gewerkschaften aller drei Richtungen haben in letzter Zeit verschiedentlich Verhandlungen stattgefunden, um zu prüfen, ob durch gemeinsame Schritte zur Vinderung der furchtbaren Arbeitslosigkeit und der schwierigen Lage der Wirtschaft etwas geschehen kann. Wir von unserem Gewerkschaftsstandpunkt aus gesehen, haben zweifellos gar nichts dagegen einzuwenden, wenn sich in besonderen sozialen und wirtschaftlichen Notzeiten die Führer der beiden großen sozialen Kampfgruppen einmal um einen Tisch herumsetzen, um festzustellen, wie man beiderseits die Lage ansieht. Wie wir gesehen haben, sind auch die Führer der freien Gewerkschaften ohne jede Hemmung gewesen und waren durchaus bereit, sich für Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Wir haben aber Phantasie genug, um uns vorstellen zu können, was man aus dem Lager der freien Gewerkschaften den Gewerkschaften in früheren Jahrzehnten gesagt haben würde, wenn wir damals wie heute die freien Gewerkschaften, mit den Unternehmern verhandeln wollten. So ändern sich eben die Zeiten und, wie es scheint, die Gewerkschaften mit ihnen. Allerdings scheint es, als ob doch in den letzten Tagen die Führer der freien Gewerkschaften in ihren eigenen Lagern dieser Verhandlungen wegen einige Anruhen gehabt haben und deshalb in ihren gewerkschaftlichen Veröffentlichungen über den Abbruch der Verhandlungen eine scharfe Sprache führten, die allerdings durchaus im Gegensatz stand zu der Verhandlungsbereitschaft, die während der Verhandlungen von den freien Gewerkschaften zum Ausdruck gekommen ist. Ueber diese Verhandlungen ist in der Presse nicht nur widerspruchsvoll und ungenau, sondern meist auch tendenziös und falsch berichtet worden. Jedenfalls haben die Gewerkschaftsvertreter in keinem Stadium der Verhandlungen ihre Zustimmung gegeben, daß etwa die Löhne und Gehälter herabgesetzt werden könnten, um dadurch einen sogenannten Preisabbau zu ermöglichen. Die Gewerkschaftsvertreter und ganz besonders die unseres Gewerkschaftsrings haben vielmehr immer wieder mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß in erster Linie es darauf ankomme, für eine durchgreifende Senkung der Preise, insbesondere der von den Kartellen festgesetzten, zu sorgen. Die Schwierigkeit in der Wirtschaftslage sei, so betonten wir, weitgehend auf die geringere Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes zurückzuführen. Eine Steigerung der Produktion zur Belebung der Wirtschaft und zur Verringerung der Arbeitslosenziffern könne demnach nicht durch eine irgendwie geartete Minderung der Reallohne gegeben werden, sondern nur durch eine Steigerung der Kaufkraft der breiten Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger: Also Erhöhung der Reallohne!

Selbstverständlich haben wir von unserem Standpunkt aus gegen eine Beteiligung an solchen gemeinsamen Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Wirtschaft nicht das Geringste einzuwenden, begriffen es vielmehr, weil naturgemäß bei solchen Verhandlungen manche Fragen geklärt und manche Mißverständnisse beseitigt werden können. Es gehört aber schon rechtlich viel Phantasie dazu, wenn man meinen möchte, daß durch solche Verhandlungen eine tatsächliche Verständigung über Lohn- und Preisfragen erzielt werden könne. Bie näher liegt natürlich die Möglichkeit, in der Beurteilung anderer Fragen zu einer Annäherung zu kommen, so in der Beurteilung der Probleme der öffentlichen Finanzwirtschaft, oder auch mancher Grundfragen der Sozialversicherung.

Der Vorstand des Gewerkschaftsrings hat die dem Gewerkschaftsring angeschlossenen zentralen und auch örtlichen Gliederungen über den Verlauf dieser Verhandlungen laufend unterrichtet. Wir begnügen uns hier mit der Feststellung, daß die Verhandlungen bisher zu keinen praktischen Vereinbarungen geführt haben, und daß sie ihrer ganzen Natur nach auch nicht so angesehen werden können, als ob durch sie die im Jahre 1923 zerfallene Zentral-Arbeitsgemeinschaft wieder hergestellt werden soll. Wenn die Wirtschaft tatsächlich die Entschlußkraft fände, den volkswirtschaftlich längst fälligen Preisabbau wirksam durchzuführen, dann würde zweifellos die jetzt so traurige Lage des deutschen Volkes eine wesentliche Besserung erfahren, und die Gewerkschaften würden nicht die letzten sein, die sich dann erneut zur Fühlungnahme mit den Unternehmer-Organisationen bereitwillig machen würden.

Die Verhandlungen mußten vorläufig abgebrochen werden, weil beim besten Willen von beiden Seiten keine Möglichkeit gefunden werden konnte, zu einer materiellen Verständigung zu kommen. Die sachlichen Gegensätze waren zu groß, und es erschien vor allem den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zweifellos, etwa Scheinverhandlungen zu führen, die in manchen Kreisen große Hoffnungen erwecken müßten, ohne daß ein positives Ergebnis in absehbarer Zeit erreichbar gewesen wäre. Der Gewerkschaftsring hat zum Schluß noch einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß das volkswirtschaftliche Gebot der Stunde sei: Die Preise zu senken und dadurch den Reallohn zu steigern und infolgedessen die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes zu erweitern.

Grund, zum Jubeln scheint nicht gegeben zu sein, wenn man nun mit einiger Sorge den Abbruch der Verhandlungen feststellen muß. Weder die Unternehmer, noch die Gewerkschaften dürften dazu Veranlassung haben, da die Zeit zu ernst und sorgenschwer ist, als daß man irgendwelche Phrasen machen könnte!

Lohnabbau?

„Die Holzindustrie“, Organ des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes G. B. bringt unter obiger Ueberschrift in ihrer Nr. 75/76 vom 27. Juni 1930 folgenden Aufruf:

Das Millionenheer der Arbeitslosen und die monatlich in die Tausende gehenden Zahlungseinstellungen sind unwiderlegliche Beweise dafür, daß die deutsche Wirtschaft schwerkrank ist. Sie kann erst wieder gefunden, wenn die Gewichte von ihr genommen sind, die sie zu Boden gedrückt haben: Die wahnwitzige Reparationslast und die schier endlose Schraube der Lohnerhöhungen. Die erste Bürde abzuschütteln, erscheint zunächst nicht möglich. Um so mehr muß sich der Arbeitgeber dazu aufraffen, sich von dem anderen Alpdruck zu befreien.

Schon dümmert es im Gewerkschaftslager. Die Einsicht, daß übermäßig hohe Löhne zwangsläufig zur Arbeitslosigkeit führen, ist bei den Gewerkschaftsführern längst da, aber nur wenige haben bisher den Mut gefunden, zu bekennen, daß es keinen Zweck hat, zu hohe Löhne zu fordern, wenn die Wirtschaft sie nicht mehr zahlen kann.

Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeitgeber endlich zu einmütigem, manhaftem Handeln entschließen und das Steuer herumdrehen. Sie müssen den Mut haben, unsozial zu erscheinen, wenngleich es für jeden, der sich nicht Scheuklappen vorbindet, klar zutage liegt, daß ein Abbau der die Wirtschaft erdrückenden Löhne im Interesse Aller, also auch der Arbeitnehmer liegt.

Auch Selbstverständliches setzt sich nur schwer gegen stumpfe Gewohnheit durch, die wirtschaftliche Vernunft muß erkämpft werden. Hierzu bedarf es des festen Zusammenschlusses, damit die Gruppen, welche in vorderer Front stehen, von allen unter-

stigt werden. Niemand weiß vorher, was ihm bevorsteht, daher muß jeder sich stark machen. Bei dem Mangel an Kapital können heute nur noch wenige einen ihnen auferlegenen Kampf finanziell durchhalten. Der Einzelne muß bei der Allgemeinheit seinen Rückhalt suchen. Er findet ihn, wenn er der von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geschaffenen Streikentschädigungsgesellschaft, dem deutschen Streikschutz E. V., Berlin, Burggrafenstr. 11 beiträgt, einem Verein, der durch das Gewicht des Zusammenschlusses streikmindernd wirkt, andererseits seinen Mitgliedern wirksamste finanzielle Unterstützung leistet dank seiner breiten Basis und seiner starken finanziellen Mittel.

Dieser Aufruf bringt ja an für sich nichts Neues, er gewinnt nur durch die Kündigung der Lohnabkommen für die deutsche Holzindustrie durch den Arbeitgeberverband erhöhte Bedeutung. Unsere Kollegen werden daraus erkennen, daß auch die Arbeitgeber der Holzindustrie und des Holzgewerbes einen Lohnabbau anstreben, wir daher alle Ursache haben, das Hülfsmittel zu einem Abwehrkampf einer ersten Prüfung zu unterziehen. Mäht die uns Fernstehenden auf, führt ihnen die die Gefahr eines Lohnabbaues vor Augen, zeigt überall die feste

Entschlossenheit zur Abwehr gegen jeden Lohnabbau.

Die Deutsche Wirtschaft.

Das deutsche Institut für Konjunkturforschung meldet in seinem Bericht: „Die Wirtschaft zeigt die Symptome einer dem Tiefpunkt zustrebenden Depression. Der konjunkturelle Rückgang der Wirtschaftstätigkeit dürfte in den nächsten Monaten zum Abschluß kommen und in eine Periode der Stagnation einmünden. Die weitere Entwicklung wird durch die sich bessernde Kapitalversorgung — im gewissen Umfang auch durch die Preisentwicklung — im günstigen Sinne beeinflusst werden.“

Als wichtigste Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung gibt das Konjunkturinstitut folgende drei Gründe an: 1. das verringerte Einkommen der breiten Massen, 2. der durch die Konjunkturlage verminderte Investitionswille der Unternehmer, 3. die ungünstige Entwicklung der Auslandsmärkte.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so ist das verminderte Einkommen der breiten Massen ohne Zweifel eine Ursache der schlechten Wirtschaftslage. Das verminderte Einkommen ist wiederum hervorgerufen durch die gewaltige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Lage dürfte sich noch wesentlich verschärfen, wenn die Pläne der Regierung in Bezug auf Verschlechterung der Sozialversicherung verwirklicht werden sollten. Eine Beseitigung der wirtschaftlichen Not durch Beseitigung dieses ersten Grundes ist nur möglich, wenn die wirtschaftliche Entwicklung einen neuen Antrieb erhält und damit die Beschäftigungsgelegenheiten vermehrt werden. Es erscheint jedoch, daß diejenigen, die berufen sind, die Wirtschaft anzukurbeln, dazu übergehen, das Pferd vom Schwanz an aufzukümmern, dann darüber dürften sich auch diese Kreise nicht hinwegtäuschen, durch eine weitere Verminderung des Masseneinkommens, wie sie durch den von den Unternehmern gewünschten Leistungsabbau der Sozialversicherung und den Lohnabbau herbeigeführt würde, ist die Wirtschaftslage nicht zu bessern, denn wenn ein Hauptgrund für die schlechte Lage das niedrige Masseneinkommen ist, kann ein noch niedrigeres Masseneinkommen die Lage nicht bessern.

Der zweite Grund, der verminderte Investitionswille der Unternehmer infolge schlechter Konjunkturlage, ist mit ein Hauptgrund für unsere ungünstige Wirtschaftslage. Hier liegt nicht nur mangelnde Unternehmungslust vor, sondern die in geradezu unverantwortlicher Weise erzeugte pessimistische Stimmung der Unternehmer hat eine Krisenluft geschaffen, deren Folgen in erster Linie die Arbeitnehmer zu tragen haben. Wer in dieser Zeit am Verhandlungstisch gesessen hat, der mußte Klagen über sich ergehen lassen, die oft kaum noch zu ertragen waren. Mangelnder Kredit wird immer wieder in das Feld geführt. Demgegenüber ist doch die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß zirkulär 12 Milliarden Reichsmark deutsches Kapital im Ausland festgelegt ist. Bergleiblich bemüht man sich, langfristige Anleihen vom Ausland zu erhalten und deutsche Kapitalisten legen ihr Geld im Ausland an, entziehen damit der deutschen Wirtschaft die so notwendig gebrauchten Betriebskapitalien und entziehen dem Staate noch die Steuern. Diesen Leuten fehlt doch offenbar das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft, diese Kreise sind es auch, die ständig eine pessimistische Stimmung erzeugen, um vielleicht für ihr schamloses Verhalten eine gewisse Deckung zu finden. Es gab einmal eine Zeit, wo das Wort „den vaterlandslösen Gesellen“ geprägt wurde, für die oben gekennzeichneten Kreise ist dieser Ausdruck noch zu milde.

Als weitere Ursache muß die unruhige Finanzpolitik angesehen werden. Der ständige Wechsel im Finanz-

ministerium ist nicht geeignet eine feste finanzielle Grundlage für unsere Wirtschaft zu schaffen. Es wurde mehrfach ein Abbau der Unternehmenssteuern in Aussicht gestellt, in Wirklichkeit erfolgte eine weitere steuerliche Belastung. Das konnte die Unternehmungslust nicht steigern, war vielmehr dazu angehen eine pessimistische Stimmung zu erzeugen. Da man mittlerweile eingesehen hat, daß von der Regierung keine Erleichterungen zu erhoffen sind, versucht man nun einen Weg, den zu allem andern, nur nicht zur Hebung der Wirtschaft führen kann. Man will den Druck der Arbeitslosen in einen Druck auf die Löhne und Gehälter umwandeln und denkt an neue Investitionen erst nach Durchführung des Lohnabbaues. Daß der Lohnabbau nicht nur die Selbstkosten senkt, sondern auch das Masseneinkommen und damit die Absatzgelegenheiten vermindert und infolgedessen schließlich neuen Anlaß zum Pessimismus bieten würde, sieht im Augenblick noch nicht. Man hat den Unternehmern unentwegt eingeredet, solange in Deutschland keine grundsätzliche Umkehr in der Sozial- und Lohnpolitik erfolge, sei ein neuer Wirtschaftsaufschwung nicht möglich; diese von den Führern ausgegebene Parole ist nun nach und nach bis in die kleinsten Betriebe durchgedrungen; nun warten alle auf diese Umkehr, und solange sie nicht eingetreten ist, scheuen sie sich vor der Betätigung ihres Unternehmungsgelstes auch auf Gebieten, auf denen Erfolge möglich wären. Uns will scheinen, daß dieser letzte Weg in die Wüste führt. Auch die Unternehmer müßten wissen, daß die zeitige Entlohnung doch nur so gehalten ist, daß sie nur die notwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigt. Läge es anders, dann hätten wir nicht das ungeheure Elend zu verzeichnen.

Die Kündigung sämtlicher Lohnabkommen durch den Arbeitgeberverband der Holzindustrie ist gleichbedeutend mit der Forderung auf Lohnabbau.

Das ist gleichzeitig ein Weckruf an alle Holzarbeiter, die Reihen fester zu schließen, ihre Organisation auszubauen.

Kollegen, beachtet die Mahnung

Der dritte Grund, die ungünstige Entwicklung der Auslandsmärkte. Das Konjunkturinstitut spricht zaghaft von einer Periode der Stagnation, die im späteren Verlauf infolge der besseren Kapitalversorgung und der Preisentwicklung durch eine Aufwärtsbewegung abgelöst werden könnte. Es kann zugegeben werden, daß die Kapitalversorgung anfängt, günstiger zu werden. Auf allen Weltmärkten der Welt ist der Zins niedriger als jemals in der Nachkriegszeit. Aber in Deutschland ist leider das Geld für langfristige Anlagen noch immer sehr teuer. Es ist bisher nicht gelungen, Gelder, die kurzfristig zu billigen Sätzen zur Verfügung stehen, auf langfristige Anlagen umzulenken. Eine der Hauptursachen ist wiederum der Unternehmerpessimismus, der sich vor jeder Neuanlage gegenwärtig scheut. Der Reichsbankdiskont ist noch niemals seit der Stabilisierung so niedrig gewesen wie heute, aber noch niemals ist der Kredit der Reichsbank in so geringem Maße in Anspruch genommen worden. Ohne Erhöhung der Gold- und Devisendeckung könnte gegenwärtig die Reichsbank 2,5 Milliarden neue Noten in den Verkehr bringen ohne die Deckungsvorschriften zu verletzen. Dieser gewaltige Kreditpielraum zeigt am deutlichsten das völlige Darunterliegen der Unternehmungslust. In der Kreditgewährung klafft ohne Zweifel eine Lücke, die auszufüllen immerhin eine dankbare Aufgabe wäre. Es ist möglich, daß mit der Auflegung der ersten Reparationsanleihe ein neuer Kreditstrom nach Deutschland einfließt, und zwar zu niedrigeren Zinssätzen als in den vergangenen Tagen.

Für die Belebung der Wirtschaft ist in erster Linie eine Preisentwertung die erste Voraussetzung. Es gilt sich an den Abbau der Kartellpreise zu machen. Hier ist Spielraum genügend vorhanden, ohne daß die Produktion darunter zu leiden braucht. Abbau der Preise führt auch zum Abbau der Selbstkosten. Würden die Unternehmer diesem Gedanken mehr Rechnung tragen, dann würde auch eine stärkere Belebung der Wirtschaft einsehen.

Planmäßiges Vorgehen der Schwerindustriellen.

Wiederholt haben wir auf das Bestreben gewisser Kreise, die Sozialversicherung abzubauen, hingewiesen. Es kann jedoch gar nicht genug hervorgerufen werden, daß in dem ganzen System ein planmäßiges Vorgehen auf Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer seitens der Schwerindustriellen vorliegt. Diese Kreise wollen diese wirtschaftliche Krise in jeder Weise ausnützen, um die ihnen so verhasste Sozialversicherung in ihrem Bestehen zu treffen. Es gibt auch in diesem Lager zwei Strömungen. Die Industrie der Fertigfabrikate ist

wesentlich anders eingestellt, als die der Rohstoffe. In letzterer sind die reaktionären Persönlichkeiten zu suchen, diese Kreise sind die Vertreter des krassen Egoismus, die kennen nur eine Sorge, ihren Geldbeutel zu füllen. Politisch werden beide Kreise in der Hauptsache durch die deutsche Volkspartei vertreten. Wie früher die Großagrarien die Regierung beherrschten, wo das bekannte Wort „König absolut, wenn er unsern Willen tut“, geprägt wurde, so sind es heute die Industriellen, die infolge ihrer gewaltigen Kapitalmacht politisch und wirtschaftlich ihren Einfluß geltend machen. Das einzige merkbare Gegengewicht ist in den Arbeitnehmerorganisationen zu finden. Das wissen diese Industriellen auch genau, sie werfen daher für Züchtung der Selben und zur Förderung des Stahlhelm und ähnlicher Verbände Millionen von Geldern aus, die sie wieder durch Lohnabbau oder Verschlechterung der Sozialversicherung weit machen wollen.

Krankenkassenreform.

Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß die Großindustriellen unter dem Namen Krankenkassenreform einen krassen Abbau in der Krankenversicherung anstreben. Da dieser Gesetzesentwurf bereits den Reichsrat passiert hat, ist die Gefahr für alle Versicherten außerordentlich groß. Dieser Gesetzesentwurf über Änderungen in der Krankenversicherung soll offenbar als Entschädigung der Wirtschaft für die Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung, wobei nur übersehen wird, daß den durch die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung gleichfalls betroffenen Arbeitnehmern durch die vorgesehene Reform der Krankenversicherung eine weitere schwere Belastung zugemutet wird.

Die Planmäßigkeit in dem Vorgehen der Unternehmer wird dadurch besonders gekennzeichnet, indem die in dem Gesetz-Entwurf zur Krankenkassenreform gemachten Vorschläge sich mit den Forderungen die in der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände im März dieses Jahres aufgestellt wurden, decken. Dieser Spitzenverband der Unternehmer erwartet von der geplanten Reform eine jährliche Ersparnis von 500 Millionen Mark, also einen Betrag, der etwa der Höhe der Zuschüsse entspricht, die in den kommenden Jahren die Invalidenversicherung erfordert.

Was nun den Gesetzesentwurf selbst betrifft, so haben wir bereits in der letzten Nummer „Die Ecke“ auf die einzelnen Verschlechterungen hingewiesen. Zunächst ist vorzusehen, daß die Versicherungsberechtigung in allen Fällen erlischt, wenn das regelmäßige Jahreseinkommen 8400 Mk. übersteigt. Damit wird den höher entlohnenden Arbeitnehmern jede Versicherungsmöglichkeit entnommen, obgleich sie durch jahrelange Beitragsleistung bei niedriger Entlohnung einen berechtigten Anspruch auf die Benutzung der Krankenversicherung erworben haben.

Der Gesetzesentwurf sieht weiter eine Herabsetzung des Grundlohnes von 10 auf 9 Mk. vor. Krankengeld soll nur noch für jeden Werktag gezahlt werden, die Bezahlung der Sonntage fällt fort, doch dürfen Beiträge auch in Zukunft dafür gezahlt werden. Praktisch wirkt sich diese Maßnahme dahin aus, daß die Versicherten in der höchsten Lohnstufe im Falle der 50 prozentigen Regelleistung statt 35 nur noch 27 Mk. Krankengeld die Woche erhalten.

Besonders unsozial und geradezu brüskierend muß es von den Versicherten empfunden werden, wenn neben dem Leistungsabbau noch eine wesentliche Belastung eintreten soll. Nach dem Entwurf soll jeder Versicherte für die Ausstellung eines Krankenscheines eine Gebühr von 1 Mk. entrichten, daselbe gilt für die Ausstellung des Krankenscheines für Familienmitglieder. Diese Belastung der Krankenscheinkosten trifft alle Versicherten mit einem Grundlohn von 4 Mk. aufwärts, für Versicherte unter diesem Grundlohn kann die Gebühr auf die Hälfte herabgesetzt werden. Dagegen darf die Gebühr für die höheren Lohnklassen von 7 Mk. Grundlohn aufwärts sogar auf 1,50 Mk. heraufgeschraubt werden. Des weiteren soll künftig der Versicherung für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel von den Kosten jeder Verordnung 50 Pfg. als Beitrag zahlen. Demnach wird also jeder Versicherte bei der Krankenbehandlung durchschnittlich mit 1,50 Mk. vorbestraft. Für die Familienmitglieder soll der Versicherte die Hälfte der Arzneikosten tragen.

Die Auswirkungen dieser unsozialen Vorschläge des Gesetzesentwurfs sind geradezu vernichtend und müssen ungeheuer gesundheitschädigend wirken. Der Vater dieses Gesetzesentwurfs hat offenbar von der Not des Volkes nicht die geringste Ahnung. Leute, die die soziale Not nicht kennen, sollten aber auch die Finger von Gesetzesexperimenten lassen, von denen sie ebensowenig Ahnung haben.

Der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften hat sich in der letzten Zentralratssitzung eingehend mit diesem Gesetzesentwurf beschäftigt und einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

„Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) protestiert erneut mit aller Entschiedenheit gegen die im Entwurf des Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung vorgeschlagenen Verschlechterungen dieses wichtigen Zweiges der Sozialversicherung. Der geplante Abbau der Krankenversicherung ist zurückzuführen auf einen Vorstoß der Unternehmer. Die Regierung ist aber anscheinend über das Ausmaß des Geforderten noch hinausgegangen.“

Erst hat das Unternehmertum durch Rationalisierung, durch Stoppuhrsystem und reduzierte Akkordpreise die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer aufs höchste angepannt und dadurch die Gesundheit der Arbeitnehmer ungünstig beeinflusst und sie sogar gefährdet. Jetzt sollen nun auch noch die Leistungen der Krankenversicherung verschlechtert werden. Das muß sich weiter ungünstig auf den Gesundheitszustand der Versicherten und ihrer Familien auswirken und wird auch schließlich nicht ganz ohne Einfluß auf den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung bleiben. Das gilt insbesondere für die Maßnahmen der Verschlechterung in der Berechnung des Grundlohnes des Krankengeldbezuges, sowie der Zahlung einer Gebühr für Ausstellung eines Kranken- und auch eines Familienheimes, sowie für jede Verordnung von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln, auch für die Familienversicherung.

Die Verbandsleitung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Gewerkschaftsring alle Maßnahmen zu treffen, um die Verschlechterung der Krankenversicherung abzuwehren. Mißstände im Krankenkassenwesen können durch den Verwaltungswege beseitigt werden. Es geht aber nicht an, daß die Regierung alle Lasten, die sich aus der augenblicklichen Wirtschaftslage ergeben, allein den Schultern der Arbeitnehmer aufbürdet."

Dieser Gesekentwurf hat im ganzen Lande tiefgehende Erregung hervorgerufen. So geht uns von Augsburg nachfolgender Protest zu:

Von Seiten der Versicherten muß unbedingt gegen diese Reformbestrebungen zu Ungunsten der Versicherten protestiert werden. Ist nicht allein schon die 1923 eingeführte 10 Prozent Arzneibeteiligung ein Unrecht an den Versicherten, so muß heute unbedingt verlangt werden, daß diese 10 % nicht auf 50 % und darüber erhöht werden. Dieses Opfer kann der Arbeitnehmerschaft nicht zugemutet werden, weil es nicht mehr tragbar ist. Dem Reichsministerium ist es scheint nicht bekannt, daß gerade in diesen Kreisen, ob besserer Handwerker oder Hilfsarbeiter, die bitterste Not seit Jahren infolge wiederkehrender Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit herrscht. Und gerade diese sollen die Folgen der Sanierung tragen, und wiederum soll für die Minderbemittelten etwas verteuert werden, was sie unbedingt notwendig brauchen. Flamender Protest muß eingelegt werden, gegen eine solche weitere Belastung der gesamten Arbeitnehmerschaft. Zuerst die hohen Krankenkassenabzüge (6,9 Prozent) und dann nahezu die vollständige Sperrung der Arzneien; denn mancher Versicherte wäre dann nicht mehr in der Lage, die Kosten für die Arzneien für sich aufzubringen. Die Reichsregierung hat bei Verabschiedung der Erwerbslosenversicherung wohl versprochen, daß die 1 Prozent Beitragserhöhung keinerlei Lasten für die Industrie bedeutet, weil die Reform der Kranken- und der Erwerbslosenversicherung durchgeführt wird; aber gegen solche Leistungsabbau muß ein Veto eingelegt werden. Diese Beträge wie sie heute vom Arbeitgeber, sowie vom Arbeitnehmer erhoben werden, sind entschieden viel zu hoch, und unbedingt muß dazu übergegangen werden, hier eine gewisse Senkung eintreten zu lassen, ohne daß hier gleichzeitig ein Leistungsabbau einzutreten braucht; denn die Leistungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist dem 6,9 Prozent Abzug nach, viel zu gering. Die Ausgaben wären hier zu mindern, wenn man den sogenannten Scheinranken, welche immer wieder krank werden, wenn Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit eintreten, mehr auf die Spur ginge. Den Gewerkschafts- und Parteiführern soll hiermit auf den Weg gegeben werden, daß sie sich endlich auf ihre Pflicht besinnen, und diesem neuen Abbau nicht zustimmen; sonst könnte der Tag nicht mehr fern sein, an welchem man sich über ihre Köpfe hinwegsetzt und dann einen Weg geht, welcher nicht zu ihrem Heile sein wird. Unerhört ist in den letzten Jahren an der gesamten Arbeiterschaft gesündigt worden, endlich ist es an der Zeit, daß auch hier Wandel geschaffen und für die notleidende deutsche Arbeiterschaft wieder Arbeit beschafft wird. Solches ist möglich durch vollständige Verwendung der Mietzinssteuer zu Wohnungsbauten, die zu gleicher Zeit ein gesundes und billiges Wohnen ermöglichen. Arbeit will das Volk haben und keine Unterstützung, wird solche beschafft, dann kann man die Erwerbslosenversicherungsbeiträge wieder abbauen. Die täglichen Bedarfsartikel können, da sie mit nicht mehr so hohen Abgaben belastet sind, im Preise gesenkt werden. Neuer Handel und Wandel würde blühen. Die Zeiten sind ernst, helfen sie alle mit, daß unser geliebtes Deutschland wieder hoch kommt, unser aller deutscher Ruf muß sein: „Einer für alle, alle für einen!"

Drohende Mietershöhung in Berlin.

Der Berliner Etat hat eine Höhe erreicht, gegen deren Bewilligung aneinander starken Bedenken bestehen. Wie im Reich und den einzelnen Ländern wird der Etat durch die hohen Gehälter und Pensionen der oberen Beamten nicht unerheblich belastet. Erst dieser Tage hat man wieder einen Stadtrat pensioniert, der die kleine Pension von 10000 M. jährlich, das sind 68 Prozent seines bisherigen Gehalts, bezieht. Nun ist uns nicht unbekannt, daß die Besoldungsordnung solche Lagen vorläßt. Berlin hat ja auch angeichts seiner großen Finanznot eine höhere Besoldungsordnung als Reich und Länder. Man glaubt hier eine Abänderung nicht vor-

nehmen zu müssen, man hält sich jedoch für berechtigt um den Etat zu balanzieren, eine abermalige Erhöhung der Grundvermögenssteuer vorzunehmen, um für die schwer belasteten breiten Massen des Volkes eine weitere Belastung durch besondere Mietershöhung herbeizuführen, nachdem man bereits die Verkehrsmittel, wie Straßenbahn u. dgl. abermals verteuert hat. Gegen derartige, durch nichts gerechtfertigte Maßnahmen muß sich die Arbeitnehmerschaft mit aller Entschiedenheit wehren.

Die Soziale Kommission der deutschen Gewerksvereine (S.-D.) Groß-Berlin hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und hat nach einem Referat unseres Kollegen Schumacher folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

Pressenachrichten zufolge wird beabsichtigt, den Etat der Stadt Berlin zu balanzieren durch eine abermalige Erhöhung der Grundvermögenssteuer, die auf die Miets-höhe umgelegt, die erwerbenden Berufsschichten stark belasten muß.

Die Vertreterversammlung der Sozialen Kommission der deutschen Gewerksvereine S.-D. Groß-Berlin vom 1. Juli 1930 protestiert mit aller Entschiedenheit gegen diese weitere Mehrbelastung, die sich angesichts der wirtschaftlichen Lage am stärksten auf die Arbeitnehmerschichten auswirkt.

Durch die geplante weitere Erhöhung der Grundvermögenssteuer auf 300 Prozent ist eine neue Mietssteigerung von ca. 4 Prozent zu erwarten, so daß dann in Berlin die gefällige Miets- nebst Zuschlägen ca. 133 Prozent beträgt. Im Gegensatz hierzu sind die Löhne und Gehälter, sowie die Bezüge der Arbeitslosen, Sozial- und sonstigen Rentner ausnahmslos auf eine gefällige Miets- von nur 120 Prozent der Friedensmiete aufgebaut.

Durch die Steigerung der Werkstarke, der Fahr-gelder, der Zollerhöhungen usw. sind die Lebenshaltungskosten der Arbeitnehmerschaft ganz bedeutend erhöht, und das in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit, in welcher außerdem noch der Lohnabbau seitens der Unternehmer gefordert wird und erhebliche Verschlechterungen in der Sozialversicherung in Aussicht stehen. Durch all diese Umstände ist die Lebenshaltung der Berliner Arbeitnehmer schon jetzt auf ein Niveau herabgedrückt, daß jede weitere Belastung unerträglich macht.

Aus den Ortsvereinen.

Elbing. Der hiesige Ortsverein des Gewerksvereins der Holzarbeiter hatte in seiner letzten Versammlung, die vom ersten Vorsitzenden, Kollegen Thimm geleitet wurde, sehr interessanten Beratungstoff. Es war gewissermaßen der Vorläufer der am 20. Juli stattfindenden Bezirkskonferenz, zu der die Delegierten gewählt wurden. Besondere Anregungen wurden betreffs unserer Alters- und Invalidenkasse gegeben, deren Frage auf der Konferenz behandelt werden soll.

Unser Bezirksleiter, Kollege Hinz hielt einen äußerst interessanten Vortrag über „Die Anturbelung der deutschen Wirtschaft.“ Anturbelung, so führte Redner aus, ist das reine Schlagwort geworden. Jeder Unternehmer scheint jetzt berufen zu sein, Vorschläge zur Anturbelung der Wirtschaft zu machen. Nur an seinem Verdienst darf nicht gemittelt werden, denn nur durch einen Lohnabbau denken diese Herren, die Wirtschaft zu heben und Deutschland vor dem Abgrund zu schützen, wo doch das Gegenteil so oft bewiesen worden ist. Der Redner besprach eingehend den Schiedsspruch in Deynhaus, der auch schon einen Lohnabbau vorsieht, außerdem ist dieser Schiedsspruch auch noch vom Arbeitsminister Herrn Steger-walt für rechtsverbindlich erklärt worden. Was sich der Arbeitsminister, der doch aus den Reihen des christlichen Holzarbeiterverbandes hervorgegangen ist, gedacht dabei hat, wird wohl keiner ergründen können. Auch dieser ehemalige Tischler scheint jetzt als Minister der Meinung zu sein, daß nur durch einen Lohnabbau die Wirtschaft gesundet. Auch die Allgemeinverbindlichkeits-erklärung des Holzarbeitertarifes für Rheinland-Westfalen, wo die christl. Gewerkschaften eine Verschlechterung in der Lehrlingsfrage, gegenüber dem Reichstarif vorgenommen haben, wurde in den Kreis der Betrachtungen gezogen.

Eine Belebung der Wirtschaft kann nur erfolgen, wenn die Preise gesenkt werden. Den Beschlüssen der Truste und Syndikate muß energisch entgegengetreten werden. In erster Linie die Riesengehälter der Direktoren sind wahrhaftig nicht nötig, denn diese Herren spüren begreiflich wohl noch nichts von Deutschlands Not. Es ist doch grundfalsch, daß ein Direktor eines Werkes, das der Staat janiert hat, in einem Monat mehr Gehalt hat, als sechs Arbeiter in demselben Betrieb das ganze Jahr an Lohn verdienen. Die Ausgaben des Reiches, wie auch des Staates könnten sicher herabgesetzt werden, wenn in erster Linie die hohen Gehälter und Pensionen bedeutend herabgesetzt würden. Die Arbeitslosen-Versicherung ist stets dem Unternehmer ein Dorn im Auge gewesen, wir geben auch zu, daß vieles in dem Gesetz nicht richtig ist, denn es ist wohl nicht nötig, daß man hohe und höchste Personen mit der Leitung beauftragt hat; würde die Versicherung als Selbstverwaltung den Gewerkschaften übertragen worden sein, wären die Verwaltungskosten sicher nicht so hoch und könnte mehr an

Unterstützung gezahlt werden. An einen weiteren Abbau der Unterstellungen ist doch überhaupt nicht zu denken. Die vorgeschlagene Reform zum Notopfer wurde eingehend besprochen. Die staatliche Invalidenkasse würde bei den hohen Beitragsleistungen auch viel besser stehen, wenn nicht so viel Beiträge durch faule Beitragszahlung der Arbeitgeber verloren gingen, wie wir es schon hier in Elbing gemüßigt erlebt haben. Gegen die Reform der Krankenkassen wandte sich ebenfalls scharf der Redner. Zu den jetzigen Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer, erklarte der Redner, daß unser Gewerkschaftsring mit sehr gemäßigten Gefühlen zu den Verhandlungen gegangen ist, es aber auch weiter nichts schaden kann, wenn sich Arbeitgeber, wie auch Arbeitnehmer über schwebende Tagesfragen aussprechen. Es muß aber direkt widersprochen werden, daß an eine Erneuerung der Zentralarbeitsgemeinschaft gedacht ist. Es zieht sich wieder wie ein roter Faden von Seiten der Arbeitgeber durch die Aussprache, daß nur Lohnabbau uns retten kann, diesem ist von Seiten der Arbeitnehmervertreter energisch widersprochen worden und andere Wege gewiesen. Unsere Spitzenorganisation, der Gewerkschaftsring hat Anregungen gegeben, die geeignet wären, als Grundlage zur Verhandlung zu dienen, um greifbare Erfolge zur Belebung der Wirtschaft zu bringen. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner ganz besonders, daß der Arbeitnehmer sich stets seiner Macht bewußt sein soll, durch weitere Zuführung von Mitgliedern unsere Organisation zu stärken, um dadurch auf die Öffentlichkeit und das Parlament mehr einwirken zu können, damit alsdann auch mehr auf die Not der Arbeitermassen Rücksicht genommen wird.

Nach den leicht verständlichen Ausführungen des Redners, setzte eine lebhafteste Aussprache ein, wobei die Ausführungen des Redners noch bedeutend ergänzt wurden. Die Verordnung der preussischen Regierung, die Verdoppelung der Grundvermögenssteuer wurde scharf kritisiert.

Verschiedene Kräfte griffen die jetzigen Regierungsmänner und Parlamentarier, die früher Gewerkschaftsführer und zum Teil es heute auch noch sein wollen recht scharf an, indem sie ihren früheren Beruf scheinbar vergessen haben. Im Schlußwort stellte der Redner alle Anfragen und Auffassungen richtig.

Ueber die Minister, als frühere, radikale Gewerkschaftsführer fällt er das Urteil, daß Theorie und Praxis zwei verschiedene Faktoren sind.

Zum Schluß machte der Vorsitzende Koll. Thimm den Anwesenden die Mitteilung, daß es der Vorstand sich zur Pflicht gemacht hat, ganz erheblich verbilligte Fahrkarten nach der Ostsee zum Preise von 1,20 RM. für Erwachsene und 0,60 RM. für Kinder zu beschaffen. Hieran schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Bedauern, daß diese aufklärende Versammlung nicht von sämtlichen Mitgliedern besucht worden ist.

Jos. Baisch, Schriftführer.

Sagen (Ortsverband).

Sonntag, den 24. Juli 1930, nachmittags 3 Uhr

Sommerfest

des Ortsverbandes in der Wolfskuhle, unter Mitwirkung der Jugendgruppe S a m m.

Der Ortsverbandsvorstand

J. A. Wilhelm Dischpfa.

Bauschule
Brastede

von C. Rohde, zwei Semester
— Progr. frei. —

Werbe

jeder für den

Gewerkverein!



Einheitliche Bereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.